

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll

33. Sitzung

Öffentliche Sitzung

Berlin, 20.03.2013, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: Saal E. 600

Vorsitz: Markus Grübel, MdB

- 1 Bericht über den Stand der Planung und Konzeption für die 4. Welle des Freiwilligensurveys im Jahr 2014 durch Dr. Julia Simonson (Deutsches Zentrum für Altersfragen)
- 2 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien über den aktuellen Stand sowie über Fragen der ressortübergreifenden Koordination und Abstimmung im Bereich der Auslandsfreiwilligendienste (BMFSFJ: „Internationaler Freiwilligendienst“; BMZ: „weltwärts“; Auswärtiges Amt: „kulturweit“)
- 3 Aktuelle Gesetzesvorhaben
- 4 Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

Ordentliche Mitglieder

CDU/CSU

Norbert Geis
Markus Grübel
Katharina Landgraf
Klaus Riegert
Dr. Peter Tauber

SPD

Ute Kumpf
Gerold Reichenbach
Sönke Rix

FDP

Florian Bernschneider
Heinz Golombeck

DIE LINKE.

Heidrun Dittrich
Harald Koch

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ulrich Schneider

Stellvertretende Mitglieder

CDU/CSU

Christoph Poland
Karl Schiewerling
Johannes Selle
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier

SPD

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Mechthild Rawert
Stefan Schwartze

FDP

Sibylle Laurischk
Jörg von Polheim

DIE LINKE.

Diana Golze
Jörn Wunderlich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Britta Habelmann

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
33. Sitzung

Anwesenheitsliste*

Fraktionsmitarbeiter

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
33. Sitzung

Anwesenheitsliste*

Bundesregierung

Bundesrat

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 33. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Unter Tagesordnungspunkt 1 werde man sich mit dem Stand der Planung und der Konzeption für die 4. Welle des Freiwilligensurveys im Jahr 2014 befassen. Hierzu heiße er Frau Dr. Julia Simonson vom Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) und Frau Sabine Ullrich vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) herzlich willkommen. Unter Tagesordnungspunkt 2 stehe ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung über den aktuellen Stand sowie über Fragen der ressortübergreifenden Abstimmung im Bereich der Auslandsfreiwilligendienste auf dem Programm. Hierzu begrüße er herzlich Herrn Dr. Jens Kreuter, Leiter des Arbeitsstabs „Freiwilligendienste“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Birgit Pickel, zuständige Referatsleiterin für den Freiwilligendienst „weltwärts“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Herrn Uwe Heye, zuständiger Referatsleiter für den Freiwilligendienst „kulturweit“ im Auswärtigen Amt. Mit den obligatorischen Tagesordnungspunkten „Aktuelle Gesetzesvorhaben“ und „Verschiedenes“ werde man dann die Sitzung beschließen.

Tagesordnungspunkt 1

Bericht über den Stand der Planung und Konzeption für die 4. Welle des Freiwilligensurveys im Jahr 2014 durch Dr. Julia Simonson (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Freiwilligensurvey für die Politik eine wichtige Informationsquelle sei, um längerfristige Entwicklungen und Tendenzen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zu identifizieren. Nach der geplanten 4. Erhebung im Jahr 2014 werde dies für einen Zeitraum von 15 Jahren möglich sein. Die wissenschaftliche Leitung für die 4. Welle des Freiwilligensurveys liege erstmals beim Deutschen Zentrum für Altersfragen. Frau Dr. Julia Simonson werde zunächst über den Stand der Planung und Konzeption für die geplante Erhebung im nächsten Jahr informieren, ehe man in eine Fragerunde eintrete. Zum Vortrag von Frau Dr. Simonson liege auch eine schriftliche Präsentation vor (Anlage).

Dr. Julia Simonson (DZA) erklärt einleitend, dass sie in ihrem Bericht zunächst eine kurze allgemeine Einführung zum Freiwilligensurvey geben werde. Anschließend werde sie auf die Rahmenbedingungen und Ziele der 4. Welle im Jahr 2014 eingehen und einige geplante Veränderungen ansprechen. Diese betreffen zum einen die Ausweitung der Analyseperspektiven und zum anderen die Befragungsmethodik und Stichprobenziehung. Außerdem werde sie über die Bereitstellung der Daten im Forschungsdatenzentrum des DZA und über den geplanten Zeitplan informieren.

Frau Dr. Simonson hebt zunächst hervor, dass der Freiwilligensurvey eine wesentliche Grundlage der Sozialberichterstattung zum freiwilligen Engagement in Deutschland und eine wichtige Quelle der Engagementforschung sei. Bisher habe es drei querschnittlich angelegte Erhebungen in den Jahren 1999, 2004 und 2009 gegeben. Die 4. Welle sei für das Jahr 2014 geplant. Der Freiwilligensurvey verzeichne zentrale Aspekte des freiwilligen Engagements repräsentativ für Deutschland und liefere genaue Angaben zu den Tätigkeiten, die die Engagierten dabei ausübten. Erhoben würden zudem Informationen zum Umfeld des Engagements, zu den Motiven und Erwartungen an das Engagement sowie zur Bereitschaft zur Ausweitung bzw. zur Aufnahme des Engagements bei derzeit nicht engagierten Personen. Darüber hinaus bestehe die Möglichkeit, differenzierte Analysen nach Bevölkerungsgruppen und Landesteilen vorzunehmen. Ferner würden ergänzende Informationen zu den Personen selbst und zu den Rahmenbedingungen des Engagements erhoben, z. B. zum Wohnumfeld und zu den Organisationen, in denen das Engagement stattfindet.

Der Freiwilligensurvey 2014 werde erneut vom BMFSFJ gefördert. Die wissenschaftliche Leitung liege seit dem Jahr 2011 beim Deutschen Zentrum für Altersfragen. Die Erstellung des 4. Freiwilligensurveys werde durch einen fachpolitischen und einen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Das Feldforschungsinstitut, das die Datenerhebung durchführen werde, werde durch eine Ausschreibungsverfahren ermittelt.

Zentrales Ziel des Freiwilligensurveys sei die Abbildung langfristiger Entwicklungen. Mit dem 4. Freiwilligensurvey werde es möglich sein, das Engagement und seine Entwicklung zwischen 1999 und 2014 abzubilden. Dies erfordere natürlich eine gewisse Kontinuität bei der Datenerhebung und beim Fragebogen. Es werde – wie bei den vorangegangenen Erhebungswellen – erneut eine bevölkerungsrepräsentative Stichprobe bereitgestellt, um Aussagen über die gesamte Bevölkerung in Deutschland treffen zu können. Ferner

werde der Stichprobenumfang ausgeweitet, um Detailanalysen zu den Engagierten und Auswertungen auf der Ebene der einzelnen Bundesländer durchführen zu können.

Ein weiteres Ziel sei die Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Freiwilligen surveys. Hierzu sei es notwendig, veränderte Rahmenbedingungen und neue Entwicklungen, z. B. bei den Formen des Engagements, mit zu berücksichtigen. Geplant sei zudem eine Ausweitung der Analyseperspektiven. Dabei gehe es erstens um eine differenziertere Beschreibung des Engagements, zweitens um eine genauere Erfassung von Zusammenhängen des Engagements und drittens um eine stärkere Fokussierung der Rahmenbedingungen des Engagements. Auf diese Aspekte werde sie im Folgenden genauer eingehen.

Die Engagementquote sei zwischen 1999 und 2009 stabil bei rund einem Drittel geblieben. Unterhalb der Engagementquote seien gleichwohl Ausdifferenzierungen feststellbar. Es gebe z. B. unterschiedliche Entwicklungen bei den Altersgruppen sowie bei den Formen des Engagements. So gehe das Engagement in Vereinen tendenziell zurück, während es in selbstorganisierten Initiativen zunehme. Auch zeichne sich ein Rückgang der Personen ab, die Leitungsfunktionen im Engagement ausübten. Deshalb sei es sinnvoll, die Entwicklungen unterhalb der Ebene der allgemeinen Engagementquote differenziert nachzuzeichnen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt seien Lernprozesse im Engagement. Daher werde man der Frage nachgehen, inwieweit beim freiwilligen Engagement Kenntnisse und bürgerschaftliche Kompetenzen erworben würden, die zu einer demokratischen Sozialisation beitragen. Gefragt werde auch, welche Qualifizierungsbedarfe die Engagierten im Rahmen ihrer freiwilligen Tätigkeit sähen und inwieweit vorhandene Qualifizierungsmaßnahmen genutzt würden.

Relativ stark diskutiert werde derzeit die Frage, ob es einen Trend zur Zunahme monetärer Leistungen in Form von Aufwandsentschädigungen und Vergütungen im Engagement gebe. Daran schließe sich die Frage an, ob und inwiefern die Abgrenzungen zur Erwerbsarbeit, insbesondere zu Formen der geringfügigen Beschäftigung, noch gewährleistet seien. Gefragt werden solle ferner, ob monetäre Leistungen – wie oft meist implizit angenommen werde – tatsächlich einen Anreiz für freiwilliges Engagement darstellten oder ob monetäre Leistungen unter Umständen freiwilliges Engagement auch hemmen und Personen davon abhalten könnten, sich freiwillig zu engagieren.

Eine weitere Ausweitung betreffe die Erfassung der Zusammenhänge des Engagements. Hier seien zum einen die individuellen Ressourcen (z. B. Gesundheit, materielle Situation) zu nennen. Zum anderen werde stärker in den Blick genommen, welche Rolle Übergänge im Lebenslauf für die Aufnahme und Beendigung von Engagement, aber möglicherweise auch für dessen Ausweitung und für veränderte Tätigkeiten im Rahmen des Engagements spielten. Schließlich solle der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen das freiwillige Engagement auf die Lebenszufriedenheit und die Gesundheit der Engagierten habe.

Ferner werde man im 4. Freiwilligensurvey untersuchen, welche Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement förderlich oder hinderlich seien. Hierbei gehe es zum einen um die Rolle der Organisationen, in denen sich Personen engagierten, für das Engagementverhalten und zum anderen um die Zusammenhänge zwischen Engagement und z. B. Gesundheit und Lebenszufriedenheit. Erfasst würden dabei Informationen über Organisationen des Engagements. Darüber hinaus sei geplant, Anknüpfungspunkte zu Organisationsbefragungen herzustellen.

Neben den Organisationen seien auch lokale Kontexte für das freiwillige Engagement wichtig. Hier wolle man der Frage nachgehen, wie lokale Angebotsstrukturen, z. B. Kontaktstellen für freiwilliges Engagement oder Mehrgenerationenhäuser, und lokale Engagementpolitiken das Engagementverhalten beeinflussten und wie sich diese lokalen Angebotsstrukturen auf die Zusammenhänge zwischen dem Engagement und anderen Bereichen auswirke. Ferner gehe es um die Schaffung von Schnittstellen zu Kontextinformationen der amtlichen Statistik und um die Verknüpfung zu weiteren Informationen, z. B. der Landkreise und Städte.

Auch in der 4. Welle des Freiwilligensurveys werde die Wohnbevölkerung in Deutschland ab dem 14. Lebensjahr als Grundgesamtheit herangezogen, um weiterhin bevölkerungsrepräsentative Aussagen zu ermöglichen. Ebenfalls wie bisher werde eine Telefonstichprobe gezogen und eine telefonische Befragung durchgeführt, um die Ergebnisse der vier Wellen miteinander vergleichen zu können. Geplant sei auch eine Erweiterung des Stichprobenkonzepts. Bisher seien nur Festnetzanschlüsse in die Stichprobe einbezogen worden. Da der Anteil von Personen ohne Festnetzanschluss deutlich zugenommen habe, beziehe man erstmals Mobilfunknummern in die Stichprobe mit ein. Des Weiteren solle der Stichprobenumfang auf 25.000 Personen erweitert werden, wobei es möglicherweise

noch weitere Aufstockungen durch einzelne Bundesländer geben werde. Geplant sei zudem eine Erweiterung des Befragungsumfangs, die sich aufgrund der bereits beschriebenen Ausweitung der Analyseperspektiven zwangsläufig ergebe. Pro Interview werde eine durchschnittliche Befragungsdauer von 30 Minuten anvisiert, die bisher bei durchschnittlich 20 Minuten gelegen habe.

Eine weitere Veränderung betreffe den Einbezug von Migrantinnen und Migranten. Bislang seien diese, insbesondere wenn sie nur über geringe Deutschkenntnisse verfügten, im Freiwilligensurvey unterrepräsentiert gewesen, da die Befragung nur in deutscher Sprache durchgeführt worden sei. Dies solle in Zukunft durch die Übersetzung des Fragebogens in fünf Sprachen und durch das Angebot zur Durchführung von Interviews in der Muttersprache verbessert werden.

Die Daten des Freiwilligensurveys 2014 und die der vorangegangenen Befragungswellen würden im Forschungsdatenzentrum des DZA bereitgestellt, was einen verbesserten und kostenlosen Datenzugang für die Wissenschaft ermögliche. Neben den Daten des Freiwilligensurveys würden weitere umfangreiche Informationen zur Erleichterung der Datenanalyse zur Verfügung gestellt. Zusätzlich bestehe die Möglichkeit für Nutzer, sich beim Datenzugang beraten und bei der Analyse durch das DZA unterstützen zu lassen.

Abschließend wolle sie den Zeitplan für die 4. Befragungswelle skizzieren. Die Ausschreibung und Auswahl des Erhebungsinstituts, das die Befragung durchführen werde, solle bis zum Sommer dieses Jahres erfolgen. Bis Herbst 2013 werde der Fragebogen entwickelt und mit den beiden genannten Beiräten abgestimmt. Im Winter 2013/2014 fänden vorbereitende Arbeiten für die Datenerhebung statt, wozu die Stichprobenziehung sowie die Übersetzung und Programmierung des Fragebogens zählten. Die Feldphase für die Datenerhebung liege im Frühjahr/Sommer 2014, sodass im Herbst 2014 mit der Auswertung der Daten und der Erstellung des Endberichts begonnen werden könne. Dieser solle Ende 2015 vorliegen und an das BMFSFJ übergeben werden.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Dr. Simonson für die Darstellung der Planung und Konzeption des 4. Freiwilligensurveys. Die Fragerunde eröffne der Abg. Klaus Riegert für die CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) bedankt sich für den Bericht, der gezeigt habe, dass sich das DZA ein erhebliches Arbeitspensum vorgenommen habe. Man sei daher schon jetzt auf die Ergebnisse gespannt. Ihn interessiere, inwieweit geplant sei, auch den Bereich der Anerkennungskultur im bürgerschaftlichen Engagement in die Fragen einzubeziehen.

Abg. **Ulrich Schneider** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt Frau Dr. Simonson ebenfalls für den Bericht. Seine erste Frage richte sich an das BMFSFJ und betreffe den Grund, weshalb die wissenschaftliche Leitung beim 4. Freiwilligensurvey auf ein neues Institut übergegangen sei. An Frau Dr. Simonson habe er die Frage, an welchen Punkten das DZA Veränderungen – im Vergleich zum Vorgängerinstitut – vornehmen wolle. Zudem interessiere ihn, inwieweit beabsichtigt sei, vertiefende Fragen mit Blick auf Mehrgenerationenhäuser und andere engagementfördernde Einrichtungen in den Kommunen zu stellen.

Dr. Julia Simonson (DZA) antwortet auf die Frage des Abg. Riegert nach der Berücksichtigung der Anerkennungskultur, dass man diese im Rahmen des Freiwilligensurveys nur aus der Perspektive der Befragten erfassen könne. Derzeit überlege man noch, ob und wie man das Thema mit in die Befragung hineinnehmen könne. Hinsichtlich der Frage des Abg. Schneider weist Frau Dr. Simonson darauf hin, dass es im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen punktuelle Veränderungen in Form der bereits skizzierten Erweiterungen der Analyseperspektiven geben werde. Allerdings sei die oberste Maxime bei allen Veränderungen, dass die Vergleichbarkeit zu den früheren Erhebungen nicht gefährdet werden dürfe. Eine genauere Erfassung eines Sachverhalts nütze wenig, wenn man nur Aussagen für das Jahr 2014 treffen und keinen Vergleich zu früheren Befragungswellen mehr anstellen könne. Insofern müssten Veränderungen behutsam – unter Abwägung des Für und Wider – vorgenommen werden. Die Frage, inwieweit bezüglich der Mehrgenerationenhäuser Nachfragen geplant seien, könne sie noch nicht konkret beantworten, da man sich derzeit in der Entwicklungsphase befinde und noch nicht abzusehen sei, wie sehr man in diesem Bereich in die Tiefe gehen könne.

Sabine Ullrich (BMFSFJ) erklärt, der Institutswechsel bei der wissenschaftlichen Leitung beruhe auf den Empfehlungen des Wissenschaftsrats. Dieser habe bei seiner Evaluierung u. a. festgestellt, dass mehr Synergien zwischen den bestehenden Surveys wünschenswert wären. Die Empfehlung habe gelautet, den Freiwilligensurvey entweder beim Deutschen Jugendinstitut oder beim Deutschen Zentrum für Altersfragen zu verankern. Das Ministerium habe schließlich die Entscheidung zugunsten des DZA getroffen, das sich

bereits eine gute fachwissenschaftliche Reputation beim Deutschen Alterssurvey erworben habe.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Dr. Simonson und Frau Ullrich für ihre Auskünfte. Sofern es in der nächsten Wahlperiode erneut ein eigenes parlamentarisches Gremium für Fragen des bürgerschaftlichen Engagements gebe, werde man sich mit den Ergebnissen des 4. Freiwilligensurveys sicherlich intensiv auseinandersetzen.

Tagesordnungspunkt 2

Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien über den aktuellen Stand sowie über Fragen der ressortübergreifenden Koordination und Abstimmung im Bereich der Auslandsfreiwilligendienste (BMFSFJ: „Internationaler Freiwilligendienst“; BMZ: „weltwärts“; Auswärtiges Amt: „kulturweit“)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass man sich heute mit den verschiedenen Auslandsfreiwilligendiensten der Bundesregierung befassen wolle. Dazu zählten insbesondere der „Internationale Freiwilligendienst“ des BMFSFJ, der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „weltwärts“ des BMZ und der Freiwilligendienst im Bereich der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik „kulturweit“ des Auswärtigen Amtes. Er bitte zunächst die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung um ihre einführenden Statements.

Dr. Jens Kreuter (BMFSFJ) bedankt sich für die Möglichkeit, die Auslandsjugendfreiwilligendienste im Unterausschuss vorstellen zu können. Er werde zunächst eine kurze ressortübergreifende Einführung in das Thema geben. Anschließend werde jedes Ressort auf den Freiwilligendienst aus dem eigenen Verantwortungsbereich eingehen. Dass die in der Regel einjährigen Auslandsfreiwilligendienste für junge Menschen eine wunderbare Erfahrung seien, sei wahrscheinlich nicht nur im Unterausschuss, sondern inzwischen wohl in der gesamten Gesellschaft erfreulicherweise Konsens. Die persönlichkeitsbildenden und horizonterweiternden Erfahrungen der Freiwilligendienste stellten für die Teilnehmer eine enorme Bereicherung für ihren weiteren Lebens- und Berufsweg dar, und auch für die Gesellschaft seien sie wichtig, da die Freiwilligen auch Botschafterinnen und Botschafter Deutschlands im Ausland seien und dort in der Regel ein offenes und freundliches Bild der deutschen Gesellschaft vermittelten.

Für die Freiwilligendienste im Ausland gebe es inzwischen eine Reihe von Programmen, die zwar vom Staat gefördert, aber nicht von ihm selbst durchgeführt würden. Insofern spielten die Diskussionen, die man in den letzten Jahren bei den Inlandsfreiwilligendiensten geführt habe, in diesem Bereich überhaupt keine Rolle. Insgesamt sei das Verhältnis zwischen den zivilgesellschaftlichen Trägern, die die Programme durchführten, und dem Staat als Förderer und Ermöglicher sehr entspannt. Die Zusammenarbeit funktioniere gut, auch wenn es im Einzelnen noch Raum für Verbesserungen gebe.

Zwischen den Ressorts gebe es seit mehreren Jahren eine sehr gut und reibungslos funktionierende Zusammenarbeit in Form eines interministeriellen Arbeitskreises. Dieser treffe sich regelmäßig zum Erfahrungs- und Informationsaustausch, kläre aber darüber hinaus auch viele technische Fragen, z. B. den Ausschluss von Doppelförderungen oder Schwierigkeiten bei der Visaerlangung. Außerdem mache man sich im interministeriellen Arbeitskreis auch konzeptionelle Gedanken darüber, wie man die internationalen Freiwilligendienste weiterentwickeln könne. Ein Stichwort in diesem Zusammenhang sei das sogenannte Incoming, also ausländische Freiwillige, die für ein Jahr nach Deutschland kämen, um hier einen Freiwilligendienst zu absolvieren. Dies sei kein Selbstläufer, sondern müsse entsprechend organisiert und begleitet werden. Daher denke man im interministeriellen Arbeitskreis intensiv über die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen in diesem Bereich nach.

Herr Dr. Kreuter fährt fort, im Folgenden werde er auf *die* Auslandsfreiwilligendienste eingehen, die vom BMFSFJ begleitet würden. Er wolle zunächst zwei Dienste erwähnen, die quantitativ heute keine große Rolle mehr spielten: Dies sei zum einen der „Andere Dienst im Ausland“ (ADiA) und zum anderen das FSJ/FÖJ im Ausland, die beide – vor Aussetzung der Wehrpflicht – häufig als soziale Dienste im Ausland anstelle des Zivildienstes abgeleistet worden seien. Beide wiesen heute nur noch eine relativ geringe Zahl an Entsendungen auf. Beim „Anderen Dienst im Ausland“ seien es im letzten Jahr 14 und beim FSJ/FÖJ im Ausland 140 Entsendungen gewesen. Beide Dienste bedienten Nischen und seien trotz der geringen Zahl an Entsendungen nicht überflüssig. Vielmehr gebe es Konstellationen, wo die rechtlichen Rahmenbedingungen dieser beiden Dienste perfekt passten. Ein Beispiel seien deutsche Freiwillige, die ihren Freiwilligendienst im Elsass absolvierten, aber in Bezug auf die Sozial- und Krankenversicherung behandelt würden, als lebten sie Deutschland. Die Zahl der Entsendungen von Freiwilligen ins Ausland werde in einer jährlichen, vom BMFSFJ geförderten Übersicht erfasst, die der Arbeits-

kreis „Lernen und Helfen in Übersee“ zusammenstelle und die im Internet abrufbar sei (www.entwicklungsdienst.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen_AK/Statistik_FD_2011_web.pdf).

Die quantitativ größte Rolle im BMFSFJ spiele der „Internationale Jugendfreiwilligendienst“ (IJFD), dessen Programm mit den Trägern der Auslandsjugendfreiwilligendienste zusammen entwickelt worden sei. Der Dienst sei – aus seiner Sicht – ein sehr gelungenes Beispiel der Zusammenarbeit sowohl in der Konzeptions- als auch in der Umsetzungsphase. Im Rahmen des IJFD entsende man jährlich rund 3.000 Freiwillige ins Ausland, wobei man in der sehr erfreulichen Situation sei, alle Förderanträge – die entsprechende Qualität vorausgesetzt – genehmigen zu können. Dies bedeute eine große Planungssicherheit für die Träger. Der IJFD sei ein jugendpolitischer Lern- und Bildungsdienst mit breitem Spektrum. Es gebe rund 80 aktive Träger und knapp über 4.000 anerkannte Einsatzplätze. Bei der Anerkennung der Plätze arbeite man eng mit dem Auswärtigen Amt zusammen und hole stets auch ein Votum der jeweiligen Auslandsvertretung ein. Freiwillige des IJFD würden in die ganze Welt entsandt. Rund ein Drittel der Freiwilligen gehe in Länder, die laut der Liste der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Kategorie der Entwicklungs- und Schwellenländer zählten, und 40 Prozent in europäische Länder. Die Zahl der Freiwilligen im IJFD sei zwischen den Geschlechtern gleich verteilt, was ebenfalls sehr erfreulich sei.

Trotz positiver Bilanz schaue man stets, an welchen weiteren kleinen Stellschrauben man drehen könne. In den Gesprächen mit den Trägern spielten dabei im Moment zwei Punkte eine große Rolle. Der erste betreffe die Entsendung von Minderjährigen. Vor dem Hintergrund der Schulzeitverkürzung habe man faktisch eine wachsende Zahl von minderjährigen Schulabgängerinnen und Schulabgängern. Bisher gebe es bei fast allen Trägern eine Ausschlussgrenze für Bewerber, die nicht volljährig seien. Man sei derzeit im Gespräch darüber, ob dies so sein müsse und welche rechtlichen Rahmenbedingungen, Haftungsfragen etc. gegebenenfalls geändert werden müssten, um das Angebot für unter 18-Jährige zu öffnen. Der zweite Punkt betreffe das „Incoming“, für das man schwerpunktmäßig den Bundesfreiwilligendienst als Rechtsform zur Verfügung stelle. Die Träger prüften im Moment, welche weiteren Rahmenbedingungen in den Partnerorganisationen und Entsendeländern geklärt werden müssten.

Birgit Pickel (BMZ) weist einleitend darauf hin, dass der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „weltwärts“ 2008 eingeführt worden sei. Das BMZ habe für „weltwärts“

ein Rahmen- und Regelwerk geschaffen und fördere die Entsendung der Freiwilligen auch finanziell. Im Schnitt seien in den Vorjahren zwischen 3.000 und 3.500 Freiwillige pro Jahr entsandt worden. Insgesamt seien es seit 2008 16.500 Freiwillige gewesen. Im Jahrgang 2012/2013 seien „weltwärts“-Freiwillige in 64 Länder entsandt worden. Die Durchführung des Programms liege – genau wie beim IJFD – in zivilgesellschaftlicher Hand. Da „weltwärts“ ein entwicklungspolitischer Freiwilligendienst sei, lägen die Einsatzplätze ausschließlich in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die meisten Entsendungen – rund 40 Prozent – gingen derzeit nach Lateinamerika, gefolgt von Afrika mit 38 Prozent, Asien mit 19 Prozent und Europa mit 1 Prozent, wobei es sich um Länder handele, die auf der bereits genannten Liste der OECD stünden. Das Durchschnittsalter der „weltwärts“-Freiwilligen liege bei 19,6 Jahren. Dem Ministerium sei es sehr wichtig, dass die Freiwilligen sowohl in der Vor- als auch in der Nachbereitung ein umfassendes pädagogisches Begleitprogramm erhielten. Ein wachsender Anteil der Freiwilligen kehre mit großer Motivation aus dem Ausland zurück und wolle sich anschließend auch in Deutschland engagieren. Die Engagementquote der Rückkehrerinnen und Rückkehrer liege bei außerordentlich hohen 64 Prozent. Deshalb habe man die Angebotspalette, die man den Freiwilligen nach der Rückkehr anbiete, noch einmal deutlich erweitert.

Nachdem das „weltwärts“-Programm im Jahr 2011 evaluiert worden sei, sei das Jahr 2012 davon geprägt gewesen, die Evaluierung auszuwerten und deren Empfehlungen in einem partizipativen Prozess mit mehr als 100 zivilgesellschaftlichen Durchführungsorganisationen zu prüfen und umzusetzen. Drei substanzielle Vorschläge zur Weiterentwicklung des Programms wolle sie hervorheben. Eine Empfehlung habe gelautet, innerhalb des „weltwärts“-Programms eine „Incoming“- oder „Reverse“-Komponente einzuführen, sodass auch Menschen aus den Partnerländern die Möglichkeit hätten, als Freiwillige nach Deutschland entsandt zu werden. Hier wolle man in diesem Jahr zunächst mit bis zu 100 Freiwilligenplätzen beginnen und zwar unter dem Dach des Bundesfreiwilligendienstes, der die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Schaffung einer solchen Komponente biete. Die diesbezüglichen Gespräche mit dem BMFSFJ verliefen sehr positiv, sodass man zuversichtlich sei, dass die ersten Entsendungen noch in diesem Jahr erfolgen können.

Darüber hinaus befinde sich ein umfassendes Qualitätsmanagement und -sicherungssystem im Aufbau, um das Programm dauerhaft auf solide Füße zu stellen. Auch dieses Qualitätsmanagementsystem liege im Wesentlichen in den Händen der Zivilgesellschaft, die

letztlich auch für die Qualität der Einsatzplätze verantwortlich sei. Außerdem führe man als neue Komponente eine Ansprechstruktur vor Ort, sogenannte Länderansprechpersonen, ein, an die sich sowohl die Botschaften und die Entsendeorganisationen als auch die Freiwilligen bei praktischen Fragen und in Krisensituationen wenden könnten.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts könne sie die Aussagen von Herrn Dr. Kreuter nur bestätigen. Man danke dem BMFSFJ für die federführende Organisation des interministeriellen Arbeitskreises, der ein wunderbares Forum sei, um sich von kleinen Detailfragen bis hin zu den großen konzeptionellen Linien zwischen den Ressorts auszutauschen. Ohne diesen Arbeitskreis wäre man wahrscheinlich auch bei der Ausgestaltung der Süd-Nord-Komponente noch nicht so weit gekommen.

Uwe Heye (Auswärtiges Amt) erklärt einleitend, auch er wolle zunächst den ständigen Informationsaustausch und die sehr gute Zusammenarbeit mit den beiden anderen Ressorts lobend hervorheben. Man habe Vertreter des BMFSFJ jetzt zum ersten Mal auch zu den sogenannten Ausreiseseminaren für „kulturweit“ eingeladen, was bei den Jugendlichen sehr gut angekommen sei.

Der 2009 geschaffene Freiwilligendienst „kulturweit“ des Auswärtigen Amtes sei der kleinste unter den Auslandsfreiwilligendiensten. Er ermögliche es jungen Menschen zwischen 18 und 26 Jahren, sich ehrenamtlich für einen Zeitraum von 6 oder 12 Monaten in der Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland zu engagieren. Pro Jahr würden rund 350 bis 360 junge Menschen im Rahmen des Freiwilligendienstes „kulturweit“ ins Ausland entsandt. Gewisse Parallelen zu „weltwärts“ gebe es bei den regionalen Schwerpunkten, die auch bei „kulturweit“ in Mittel- und Südamerika lägen. Der zweite große Schwerpunkt sei Südosteuropa, während Afrika und Asien zwar auch vertreten seien, aber nicht in dem Maße, wie das bei „weltwärts“ der Fall sei.

Die Freiwilligen würden in den sogenannten Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Ausland eingesetzt. Zu den Partnerorganisationen zählten das Goethe-Institut, die Auslandsschulen, der Deutsche Akademische Austauschdienst, das Deutsche Archäologische Institut, die Deutsche Welle etc. Mit dem Einsatz der Freiwilligen stärke man zunächst einmal die Partnerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, aber auch die Freiwilligen selbst erlebten durch ihren Auslandsaufenthalt völlig neue Perspektiven und brächten diese Erfahrungen mit nach Deutschland

und in die zivilgesellschaftliche Diskussion mit ein. Mit „kulturweit“ wolle man das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen stärken, aber auch die interkulturelle Kompetenz und Weltoffenheit. Insofern trage der Freiwilligendienst „kulturweit“ zu den zentralen Zielen sowohl der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik als auch der UNESCO bei. Die Deutsche UNESCO-Kommission als Durchführungsorganisation von „kulturweit“ repräsentiere wiederum die vielfältigen Ebenen der Zivilgesellschaft.

Das Budget, das man jährlich zur Verfügung habe, liege bei etwa 3,7 bis 4 Millionen Euro. Davon könne man – wie bereits erwähnt – im Durchschnitt 350 bis 360 Freiwillige jedes Jahr ins Ausland entsenden. Die Bewerberzahlen überstiegen dabei die Teilnehmerzahlen erheblich. Bisher hätten sich knapp 10.000 junge Menschen um eine Teilnahme bei „kulturweit“ beworben. Davon wiederum seien rund 15 Prozent in insgesamt 68 Gastländer entsandt worden.

Der Auslandseinsatz werde auch vom Auswärtigen Amt sehr professionell und akribisch durch Seminare vorbereitet, bei denen die jungen Leute mit den besonderen regionalen und landestypischen Anforderungen ihres Einsatzlandes vertraut gemacht würden. Ferner gebe es Zwischen- und Nachbereitungsseminare. Die Erfahrungen der aus den Einsatzstellen zurückkehrenden Freiwilligen würden genutzt, um das Programm noch besser, effizienter und erfolgreicher zu machen. Diesem Ziel diene auch die laufend stattfindende Evaluation und Qualitätssicherung. In den Jahren 2011 und 2012 sei die UNESCO-Kommission als Trägerorganisation mit dem „Quifd-Qualitätssiegel für Entsendeorganisationen“ für die hohe Qualität des Freiwilligendienstes ausgezeichnet worden. Erfreulich sei auch das außerordentlich gute Feedback seitens der Freiwilligen, die zu fast 100 Prozent die Gesamtqualität und den Gesamtnutzen des Dienstes als „hoch“ oder „sehr hoch“ bewerteten. Auch der Bundesrechnungshof habe in einem Evaluationsbericht zum Freiwilligendienst „kulturweit“ kürzlich festgestellt, dass das Auswärtige Amt und die Deutsche UNESCO-Kommission die mit „kulturweit“ zusammenhängenden Aufgaben ordnungsgemäß und wirtschaftlich erfüllten. Dieses Lob motiviere dazu, noch besser zu werden. Bisher gebe es eine hohe Diskrepanz zwischen den Bewerberzahlen und den 15 Prozent der Freiwilligen, die tatsächlich entsandt würden. Leider sei man – im Gegensatz zum BMFSFJ beim IJFD – bisher nicht in der glücklichen Lage, alle eingehenden Anträge auch bewilligen zu können, was dem engen Haushaltsrahmen geschuldet sei. Man bemühe sich hier um eine Ausweitung, was angesichts der aktuellen Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung allerdings kein leichtes Unterfangen sei.

Der **Vorsitzende** dankt den Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung für ihre Eingangsstatements und macht auf die inzwischen vorliegende Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Weiterentwicklung der Freiwilligendienste“ (Bundestagsdrucksache 17/12779) aufmerksam, die sich in Teilen auch mit den internationalen Freiwilligendiensten beschäftige. Der Vorsitzende erkundigt sich bei den Ministeriumsvertretern, ob sich die bunte Vielfalt bei den internationalen Freiwilligendiensten bewährt habe oder ob nicht doch längerfristig eine Zusammenlegung der Dienste sinnvoller wäre, sodass sich junge Menschen gar nicht erst mit den unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen der verschiedenen Auslandsfreiwilligendienste auseinandersetzen müssten.

Abg. **Florian Bernschneider** (FDP) erklärt, er schließe sich der Frage des Vorsitzenden an, auch wenn er nach verschiedenen Gesprächen inzwischen den Eindruck habe, dass die Abstimmungsprozesse zwischen den Ministerien mittlerweile besser funktionierten, was er lobenswert finde. Er begrüße auch, dass die Ministerien bei den „Incomer“-Programmen planten, auf der Basis des Bundesfreiwilligendienstes zusammenzuarbeiten. Seine erste Frage sei, ob es unterschiedliche Nachweispflichten für die Träger der Auslandsfreiwilligendienste gebe, was für diese zusätzliche Bürokratie bedeuten würde. Darüber hinaus interessiere ihn, wie die Zivilgesellschaft in den intensivierten Austausch zwischen den Ministerien eingebunden werde. Gebe es regelmäßige Treffen mit der Zivilgesellschaft und würden deren Impulse mit in die Arbeit des interministeriellen Arbeitskreises eingespeist? Der Freiwilligendienst des Auswärtigen Amtes unterscheide sich nach seinem Eindruck ein wenig von den Freiwilligendienstformaten der beiden anderen Ministerien, da die Zivilgesellschaft bei „kulturweit“ keine so herausgehobene Rolle spiele. Der Abgeordnete möchte wissen, ob dieser Eindruck zutreffend sei und was man tue, um motivierte junge Leute nach der Rückkehr für ein weiteres Engagement zu gewinnen. Zudem erkundigt er sich, ob die pädagogische Begleitung in den Seminaren von zivilgesellschaftlichen Akteuren oder vom Auswärtigen Amt organisiert werde.

Abg. **Ulrich Schneider** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich zunächst für die Berichte der Ministerien. Auch er interessiere sich dafür, inwiefern eine Bündelung bei den Auslandsfreiwilligendiensten sinnvoll sei und ob es diesbezüglich konkrete Überlegungen seitens der Ministerien gebe. Es sei sicherlich erfreulich, dass sich die Ministerien – wie berichtet – inzwischen gut miteinander abstimmen und auch beim „Incoming“ eine Lösung unter einem Dach anstreben. Gleichwohl kosteten solche Abstimmungen Zeit

und Ressourcen. Der Abgeordnete fragt, ob es vor diesem Hintergrund nicht doch sinnvoll sei, zumindest mittelfristig einen gemeinsamen Auslandsfreiwilligendienst der Bundesregierung anzubieten, auch wenn er durchaus sehe, dass mit der gegenwärtigen Lösung eine breite thematische Vielfalt einhergehe. Beim Thema „Incoming“ interessiere ihn, welche Zielsetzung und Größenordnung das BMFSFJ im Blick habe. Erfreulich sei auch, dass das BMZ „Incoming“-Pläne habe. Er erkundigt sich, ob das Auswärtige Amt bei „kulturweit“ ähnliche Überlegungen anstelle. Zudem möchte der Abgeordnete wissen, ob es Zahlen zur Teilnahme von Freiwilligen mit Migrationshintergrund bei den Auslandsfreiwilligendiensten gebe und ob die Einbeziehung migrantischer Entsendeorganisationen, die es nach seinen Informationen zumindest bei „weltwärts“ nicht gebe, ein Weg sein könnte, um mehr junge Migrantinnen und Migranten zur Absolvierung eines Freiwilligendienstes im Ausland zu bewegen.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) fragt, wie hoch die Abbrecherquote bei den verschiedenen Auslandsfreiwilligendiensten sei und inwiefern sich die Teilnehmer der Dienste als bürgerschaftlich Engagierte verstünden.

Dr. Jens Kreuter (BMFSFJ) weist darauf hin, dass es weder beim IJFD noch beim „Anderen Dienst im Ausland“ oder „weltwärts“ die Möglichkeit gebe, sich direkt zu bewerben. Interessierte müssten den Weg über eine der weit über 100 zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen gehen, die häufig verschiedene Freiwilligendienste anböten. Hier finde auch die passgenaue, auf die Bedürfnisse der Freiwilligen zugeschnittene Beratung statt. Würde man an Vereinheitlichung unter dem Blickwinkel der Markttransparenz denken, müsste man diese Vielfalt der Träger infrage stellen, was aber niemand wolle. Im Übrigen habe der Gesetzgeber in dieser Legislaturperiode große Schritte unternommen, um die Rahmenbedingungen im Bereich der Freiwilligendienste zu vereinheitlichen. Er denke z. B. an die Regelungen zum Kindergeld. Es gebe auch eine ausdrückliche Festlegung der Träger beim IJFD, dass sie kein Freiwilligendienststatusgesetz mehr wünschten, da aus ihrer Sicht inzwischen die Fragen erledigt seien, die ursprünglich einmal zu dieser Forderung geführt hätten. Die Unterschiede beschränkten sich bei den Auslandsfreiwilligendienstformaten im Wesentlichen auf die inhaltliche Konzeption und die damit zusammenhängenden Finanzierungswege. Die einzige Frage für ihn bleibe, ob man die Sammelbeckenfunktion, die der IJFD durch seine breite Anlage habe, einschränken sollte. Aber solange diese dazu diene, dass möglichst viele Menschen die Erfahrung eines Auslandsfreiwilligendienstes machen könnten, plädiere er dagegen.

Bei den Nachweispflichten gebe es schon deshalb große Übereinstimmungen, da sich alle an die Bundeshaushaltsordnung und ihre Nebenbestimmungen halten müssten. Der Unterschied bestehe am ehesten beim Fördervolumen. Im IJFD liege die Förderung pro Freiwilligen und Monat bei bis zu 350 Euro. Da diese 350 Euro Förderung allein schon durch Reise- und Seminarkosten nachgewiesen seien, müssten sich die Träger keine Gedanken über irgendwelche anderen Posten machen.

Beim Thema „Incoming“ sei man mit den Trägern im Gespräch. Deren Interesse daran sei ja noch relativ neu. Im Moment habe man ca. 500 „Incoming“-Freiwillige plus 500 im Europäischen Freiwilligendienst. Als Reaktion auf Problemanzeigen durch die Träger wolle man sowohl im Bundesfreiwilligendienst als auch im FSJ/FÖJ die Möglichkeit eröffnen, Freiwillige mit besonderem Förderbedarf in der pädagogischen Begleitung zusätzlich mit 100 Euro zu fördern. Ferner wolle man sicherstellen, dass diese zusätzliche Förderung allen „Incoming“-Freiwilligen zugute komme. Außerdem sei geplant, die „Incoming“-Träger schon ab diesem Jahr vom Problem der Kontingentierung im Bundesfreiwilligendienst zu entlasten, sodass gesichert sei, dass jeder, der einen „Incomer“ habe, auch einen Vertrag abschließen könne.

Zu migrantischen Freiwilligen und Entsendungen fehlten statistische Zahlen. Gefühlt seien es aber bisher wenige migrantische Freiwillige. Bei den Entsendungen sei er diesbezüglich ein wenig vorsichtiger, da es z. B. durchaus öfter Träger gebe, wo Menschen mit eigener Migrationsgeschichte Entsendungen in ihr Heimatland organisierten. Dies werde jedoch nicht statistisch erfasst. Alle Träger wollten den Migrantenteil bei den Freiwilligendiensten im In- und Ausland erhöhen. Doch lasse sich diese Frage trotz vorhandener Sensibilität bei allen Beteiligten nicht per Knopfdruck lösen.

Die Abbrecherquote beim IJFD lasse sich derzeit noch nicht genau benennen, da das Programm erst im dritten Durchgang sei. Er könne sich aber soweit festlegen, dass die Zahl deutlich unter 10 Prozent liege und – vom Todesfall in der Familie bis zum vorzeitigen Erhalt eines Studienplatzes – die unterschiedlichsten Gründe einschließe.

Birgit Pickel (BMZ) erklärt, hinsichtlich den Fragen nach den Rahmenbedingungen, den Nachweispflichten und der Vereinheitlichung der Dienste teile sie die Einschätzungen von Herrn Dr. Kreuter. Sie würde gern noch Anmerkungen zu zwei spezifischen Punkten machen. Die Abbrecherquote bei „weltwärts“ liege bei unter 5 Prozent. Sie sei erfreuli-

cherweise seit Programmbeginn kontinuierlich gesunken und habe sich in den letzten zwei Jahren bei unter 5 Prozent stabilisiert. Auch bei „weltwärts“ seien der vorzeitige Erhalt eines Studienplatzes und Krankheitsfälle die häufigsten Gründe für einen Abbruch.

Migrantische Entsendeorganisationen gebe es in der Tat wenige. Man ziele jedoch – als Ausfluss der Evaluierung des vergangenen Jahres – darauf ab, in der Konzeption stärker Freiwillige mit Migrationshintergrund anzusprechen. Dies gelte auch für andere Zielgruppen, die bei „weltwärts“ bislang unterrepräsentiert seien, z. B. Schülerinnen und Schüler ohne Abitur oder Menschen mit Berufschulabschluss. Dazu wolle man Pilotprojekte von Entsendeorganisationen fördern, die eine besondere Expertise zur Ansprache dieser Zielgruppen aufwiesen. Was während des Aufbaus des Programms eher nebenbei erfolgt sei, wolle man nun strukturiert und strategisch als Bestandteil des Programms angehen, wofür auch zusätzliche Mittel bereitgestellt würden.

Uwe Heye (Auswärtiges Amt) weist mit Blick auf die Frage nach einer möglichen Vereinheitlichung bei den Auslandsfreiwilligendiensten darauf hin, dass man in einer pluralistischen Gesellschaft lebe und dass auch das bürgerschaftliche Engagement von der Angebotsvielfalt im Bereich der Freiwilligendienste profitiere. Dies erlaube es den Bewerbern, aus den unterschiedlichen Angeboten das für sie am besten geeignete Programm auszusuchen. Durch die enge Abstimmung der Ressorts im interministeriellen Arbeitskreis sei auch dafür gesorgt, dass es keine Dopplungen und Überlappungen gebe. Darüber hinaus belebe Konkurrenz vielleicht auch ein wenig das Geschäft. Dies bedeute nicht, Ressorteiifersüchteleien das Wort zu reden, sondern die unterschiedlichen Formate erhöhten auch die Motivation, das eigene Programm noch besser ausgestalten zu wollen.

Die Seminare würden in erster Linie durch die Mitarbeiter der Deutschen UNESCO-Kommission durchgeführt, aber auch durch Trainer mit speziellem Wissen, z. B. im Hinblick auf Managementkompetenzen, da die Freiwilligen während ihres Dienstes zum Teil Projekte in den Mittlerorganisationen selbst initiierten und managten.

Aus den Nachbereitungsseminaren wisse man, dass sich etwa 90 Prozent der ehemaligen Freiwilligen auch zukünftig ehrenamtlich engagieren wollten. Viele fühlten sich durch die 6 oder 12 Monate im Ausland in ihrem Freiwilligenengagement bestärkt und nähmen daraus die Motivation mit, sich nach ihrer Rückkehr auch in Deutschland in diesem Sinne noch stärker zu engagieren.

Beim Thema „Incoming“ habe man derzeit keine eigenen Pläne, da der Fokus der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nun einmal im Ausland liege und die Grundphilosophie laute, ins Ausland hinein wirken zu wollen. Daher überlasse man es erst einmal den beiden anderen Ressorts, das „Incoming“-Programm weiterzuentwickeln.

Die Abbrecherquote sei auch beim Freiwilligendienst „kulturweit“ mit zwei Prozent außerordentlich gering, wobei Abbrüche in den seltensten Fällen etwas mit Unzufriedenheit über die Strukturen vor Ort zu tun hätten. Die Freiwilligen seien auch in ein Netzwerk über die Mittlerorganisationen eingebettet, die ihrerseits eng mit den Auslandsvertretungen zusammenarbeiteten, sodass die Freiwilligen eine gute Betreuung erführen und auch in schwierigen Situationen Hilfe und Unterstützung erhielten.

Träger von „kulturweit“ sei die Deutsche UNESCO-Kommission, die Ausdruck der Zivilgesellschaft sei. Sie habe vier große Arbeitsbereiche: Kultur, Bildung, Wissenschaft und Kommunikation. In diesen vier Bereichen gebe es Fachausschüsse, die sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, aber auch des öffentlichen Bereichs zusammensetzten. Über die Mitarbeit in den Gremien der Deutschen UNESCO-Kommission wirke die Zivilgesellschaft auch auf die Arbeit auf dem Gebiet der Freiwilligendienste mit ein. Darüber hinaus sei das Thema auch bei Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen regelmäßig präsent, sodass auch hier ein Gedankenaustausch stattfinde.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Pickel, Herrn Dr. Kreuter und Herrn Heye für ihr Kommen und ihre informativen Ausführungen zu den Auslandsfreiwilligendiensten.

Tagesordnungspunkt 3

Aktuelle Gesetzesvorhaben

Es gibt zum Tagesordnungspunkt 3 keine Wortmeldungen.

Tagesordnungspunkt 4

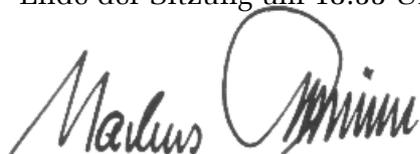
Verschiedenes

Der **Vorsitzende** informiert darüber, dass ein Journalist, der für verschiedene Zeitungen, u. a. „Berliner Kurier“ und „Express“, schreibe, ihn als Vorsitzenden des Unterausschusses um eine Stellungnahme zur Verleihungspraxis des Bundesverdienstkreuzes an Bundestagsabgeordnete gebeten habe. Seit rund 20 Jahren gebe es die Regelung, dass maximal 30 Abgeordnete pro Wahlperiode ein Bundesverdienstkreuz erhalten dürften. Diese Regelung stellt aus Sicht des Journalisten eine Benachteiligung von Ehrenamtlichen dar, weshalb er bereits vor zwei Jahren einige sehr zugespitzte Artikel über die angeblich skandalöse Verleihungspraxis des Bundesverdienstkreuzes an Bundestagsabgeordnete geschrieben habe. Er habe zu der Anfrage inhaltlich keine Stellungnahme abgegeben, da man sich mit der Frage im Unterausschuss noch nie befasst habe und da er auch die Problemschilderung des Journalisten nicht teile.

Der Vorsitzende verweist zudem auf die nächste Sitzung des Unterausschusses, die am 24. April 2013, 17:00 bis 19:00 Uhr, stattfinden werde. Im öffentlichen Teil der Sitzung werde man sich mit den Zwischenergebnissen der Arbeit des Unternehmensnetzwerkes „WIE – Wirtschaft. Initiative. Engagement.“ zu den Themenbereichen „Corporate Volunteering“ und „Wirkungsmessung“ befassen. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung stehe die Anberatung des Berichts über die Arbeit des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ in der 17. Wahlperiode auf dem Programm. Der Berichtsentwurf werde den Mitgliedern in den nächsten Tagen durch das Sekretariat zugeleitet, sodass genügend Zeit vorhanden sei, um den Bericht während der sitzungsfreien Zeit zu studieren. Die Mitteilung von Änderungs- und Ergänzungswünschen seitens der Fraktionen sei dabei natürlich willkommen.

Der Vorsitzende wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und schließt die 33. Sitzung des Unterausschusses.

Ende der Sitzung um 18:35 Uhr



Markus Grübel, MdB

Anlage

Der Deutsche Freiwilligensurvey

Planung und Konzeption für die vierte Welle im Jahr 2014

Dr. Julia Simonson

Deutsches Zentrum für Altersfragen

33. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“

Berlin, 20. März 2013

Gliederung

1. Einführung: Der Deutsche Freiwilligensurvey (FWS)
2. Rahmenbedingungen und Ziele des FWS 2014
3. Ausweitung der Analyseperspektiven
4. Veränderungen in Befragungsmethodik und Stichprobenziehung
5. Bereitstellung der Daten im Forschungsdatenzentrum FDZ-DZA
6. Zeitplan

Einführung: Der Deutsche Freiwilligensurvey (FWS)

- Wesentliche Grundlage der Sozialberichterstattung und der Forschung zum freiwilligen Engagement in Deutschland
- Bisher drei querschnittlich angelegte Erhebungen in den Jahren 1999, 2004 und 2009
- Verzeichnet zentrale Aspekte des freiwilligen Engagements repräsentativ für Deutschland sowie differenziert nach Bevölkerungsgruppen und Landesteilen
- Ergänzende Informationen zu Personen und zu den Rahmenbedingungen des Engagements

Rahmenbedingungen des FWS 2014

- Förderung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- Wissenschaftliche Leitung durch das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA)
- Begleitung durch zwei Beiräte
- Ausschreibung der Datenerhebung

Ziele des FWS 2014

- Abbildung langfristiger Entwicklung über 15-jährigen Zeitraum durch Kontinuität in Datenerhebung und Instrument
- Bereitstellung einer bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe
- Ausweitung des Stichprobenumfangs für Detailanalysen der Engagierten und für Auswertungen auf Länderebene
- Stärkung der Zukunftsfähigkeit des FWS durch Einbezug veränderter Rahmenbedingungen und neuer Entwicklungen
- Ausweitung der Analyseperspektiven:
 - (1) Differenziertere Beschreibung des Engagements
 - (2) Erfassung von Zusammenhängen des Engagements
 - (3) Rahmenbedingungen des Engagements

Ausweitung der Analyseperspektiven (1): **Differenziertere Beschreibung des Engagements**

- **Ausdifferenzierung der Formen des Engagements**
Ausdifferenzierung (bei Beibehaltung des Engagementbegriffs) ist sinnvoll, z. B. nach Leitungsfunktionen, Wahlämtern, Befristung, Zeitintensität
- **Lernprozesse im Engagement**
Qualifizierungsbedarfe, Nutzung von Maßnahmen, Erwerb bürgerschaftlicher Kompetenzen
- **Monetäre Leistungen im Engagement**
Trend hin zu finanziellen Leistungen? Stellen Leistungen Anreize oder Hemmnisse dar?

Ausweitung der Analyseperspektiven (2): **Erfassung der Zusammenhänge des Engagements**

- **Individuelle Ressourcen**
Welche Bedeutung haben individuelle Ressourcen (z. B. Gesundheit, materielle Situation) für Engagementverhalten?
- **Übergänge im Lebenslauf**
Welche Rolle spielen Übergänge im Lebenslauf für Veränderungen im Engagementverhalten?
- **Gesundheit und Lebenszufriedenheit**
Welche Auswirkungen hat freiwilliges Engagement auf die Gesundheit und die Lebenszufriedenheit der Engagierten?

Ausweitung der Analyseperspektiven (3): **Organisationen als Rahmen für Engagement**

- Wie beeinflussen die Rahmenbedingungen innerhalb von Organisationen, in denen sich Personen engagieren, das Engagementverhalten?
- Welchen Einfluss haben Organisationen auf die Zusammenhänge zwischen Engagement und seinen Korrelaten?
- Erfassung von Informationen über Organisationen im FWS und Schaffung von Anknüpfungspunkten zu Studien mit organisationalen Informationen

Ausweitung der Analyseperspektiven (4): **Lokale Kontexte als Rahmen für Engagement**

- Wie beeinflussen lokale Angebotsstrukturen und Engagementpolitiken das Engagementverhalten?
- Welchen Einfluss haben lokale Strukturen auf die Zusammenhänge zwischen Engagement und seinen Korrelaten?
- Wie interagieren lokale Rahmenbedingungen und Organisationen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Engagement?
- Schaffung von Schnittstellen zu Kontextinformationen der amtlichen Statistik (z. B. Regionalindikatoren der INKAR-Datenbank) und ggf. zu weiteren Informationen

Befragungsmethodik und Stichprobenziehung

- Wie bisher: Wohnbevölkerung ab 14 Jahren als Grundgesamtheit
- Wie bisher: Telefonstichprobe mit telefonischer Befragung zur Sicherung der Vergleichbarkeit mit bisherigen Wellen des FWS
- **Erweiterung Stichprobenkonzept:** Einsatz von Mobilfunknummern, um den Einbezug von per Festnetz schwer oder gar nicht erreichbaren Personen zu ermöglichen
- **Erweiterung Stichprobenumfang:** 25.000 Personen (17.500 Festnetz- und 7.500 Mobilfunkinterviews), möglicherweise zusätzliche Aufstockungen durch Bundesländer
- **Erweiterung Befragungsumfang:** angestrebte Befragungsdauer von durchschnittlich 30 Minuten

Einbezug von Migrantinnen und Migranten

- Bislang Unterrepräsentierung von Migrantinnen und Migranten (insbesondere mit geringen Deutschkenntnissen)
- Verbesserung des Einbezugs von Migrantinnen und Migranten durch zwei Maßnahmen:
 - a) Einsatz eines in bis zu fünf Sprachen übersetzten Fragebogens
 - b) Einsatz muttersprachiger Interviewerinnen und Interviewer in den fünf ausgewählten Sprachen

Bereitstellung der Daten im Forschungsdatenzentrum (FDZ-DZA)

- Verbesserter und kostenloser Datenzugang für die Wissenschaft
- Bereitstellung der Daten des Freiwilligen surveys
- Bereitstellung von Dokumentation zum Datensatz
- Beratung der Nutzer beim Datenzugang und Unterstützung bei der Analysen der Daten

Zeitplan der Datenerhebung des FWS 2014

- Ausschreibung und Auswahl des Erhebungsinstituts *bis Sommer 2013*
- Konzeptionelle Vorbereitung und Entwicklung des Fragebogens *bis Herbst 2013*
- Stichprobenziehung, Übersetzung und Programmierung des Fragebogens *Winter 2013/2014*
- Datenerhebung, Prüfung und Aufbereitung der Daten *Frühjahr/Sommer 2014*
- Auswertung der Daten und Erstellung des Endberichts *Herbst 2014 bis Ende 2015*

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

julia.simonson@dza.de

www.dza.de/fws